

## SYNOPSIS ZUM KOALITIONSVERTRAG 2025

THEMA	INHALT AUS DEM KOALITIONSVERTRAG
<b>Industriestandort Deutschland stärken (S. 5)</b>	Spürbare Verkürzung von Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen.
<b>Rohstoffe (S. 10)</b>	Unterstützung der Gewinnung heimischer Rohstoffe durch Erleichterung rechtlicher Genehmigungen unter Wahrung der Umwelt- und Sozialstandards.
<b>Mittelstand, Handwerk und Selbstständige (S. 12)</b>	Stärkung der Selbstverwaltung der Freien Berufe und berufsständischen Versorgungswerke.
<b>Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung (S.22)</b>	Start einer europäischen Initiative zur Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung.
	Fortsetzung des nationalen „Pakt für Planungs-, Genehmigung- und Umsetzungsbeschleunigung“.
	Schaffung eines einheitlichen Verfahrensrechts (one-for-many) für Infrastrukturvorhaben.
	Überarbeitung des Bundesraumordnungsrechts mit den Ländern.
	Erleichterung der Ausweisung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die Vernetzung von Ausgleichsmaßnahmen durch ein Naturflächenbedarfsgesetz.
	Die Plangenehmigung soll zum Regelverfahren werden.
	Bundeseinheitliche Anwendung des Populationsansatz beim Arten- und Naturschutz.
	Vollständige Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren mit den Ländern.

<b>Bauen und Wohnen (S. 23 ff)</b>	Novellierung des BauGB in zwei Schritten. Einführung des „Wohnungsbau-Turbos“ in den ersten 100 Tagen; Verlängerung der Vorschriften über den Umweltschutz und Bestimmung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt um fünf Jahre. Danach grundlegende Reform zur Beschleunigung des Bauens.
	Weiterentwicklung des Bauplanungsrechts, TA Lärm und TA Luft. Vereinfachung von Baustandards und Absicherung des Gebäudetyps E.
	Einführung einer Abfallende-Regelung in der Ersatzbaustoffverordnung
	Modernisierung und Vereinfachung der Städtebauförderung. Schrittweise Verdoppelung der Städtebauförderung.
	Weiterentwicklung von BIM als zentrales Instrument der Digitalisierung im Bauwesen.
	Fortsetzung der Programme zur Modernisierung von Bahnhöfen.
<b>Solarenergie (S. 32)</b>	Erleichterung der Möglichkeiten der Doppelnutzung, wie zum Beispiel Parkplatz-, Agri- und Floating-PV.
<b>Windenergie (S. 32)</b>	Evaluierung der Flächenziele für 2032 inkl. Überprüfung des Referenzertragsmodells auf Kosteneffizienz.
	Sicherstellung der Steuerungswirkung von Windenergiegebieten im Einklang mit den bestehenden Mitwirkungsrechten der Kommunen beim Windkraftausbau.
	Prüfung der Verbesserung der Synchronisation von Windkraft- und Netzausbau, z.B. durch die Ausweisung von befristeten Engpassgebieten.
<b>Wasserstoff (S. 34)</b>	Erweiterte Planung von zusätzlichen Wasserstofftrassen, inkl. Der Berücksichtigung von Wasserstoffspeichern.
<b>Kohleausstieg und Strukturwandel (S.34)</b>	Einhaltung der beschlossenen Ausstiegspfade für die Braunkohleverstromung bis 2038.
<b>Klimaanpassung (S. 37)</b>	Prüfung einer Einführung Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung.

	Einführung eines Sonderrahmenplans „Naturschutz und Klimaanpassung“.
	Beschleunigung von Hochwasser- und Küstenschutzmaßnahmen.
<b>Erneuerbare Potenziale (S. 37)</b>	Zeitnahe Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie III (RED III).
	Identifikation weiterer Beschleunigungspotentiale im BImSchG, TA Luft und TA Lärm.
<b>Naturschutz (S. 38)</b>	Verstetigung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz inkl. der Moorschutzstrategie.
	Reduzierung der Notwendigkeit des naturschutzrechtlichen Ausgleichs bei Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz sowie zur Klimaanpassung.
	Stärkung der Flächennutzung durch Doppel- und Mehrfachnutzungen (produktions- und betriebsintegrierte Kompensation).
<b>Wasserstrategie (S. 41)</b>	Weiterentwicklung der nationalen Wasserstrategie. Förderung blau-grüner Infrastruktur, den Wasserrückhalt in der Fläche und Grundwasserneubildung.
<b>EU-Bodengesetz (S. 41)</b>	Ablehnung des EU-Bodengesetzes.
<b>Umweltgenehmigungsrecht (S. 41-42)</b>	Vereinfachung des Umweltgenehmigungsrechts mit klaren Fristen und Typengenehmigungen.
	Anhebung der Schwellenwerte für Vorhaben mit UVP-Pflicht sowie Prüfung der Aussetzung der UVP-Vorprüfung für Änderungsgenehmigungen.
	Überprüfung des Umweltrechtsbehelfsgesetz auf über Europarecht hinausgehende Punkte.
	Verschlinkung des Umwelt-Informationsgesetzes.
<b>Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur (S. 42)</b>	Erhöhung der finanziellen Mittel im Rahmen der GAK.
	Förderung von vielfältig strukturierten Agrar-Kultur-Landschaften durch Blühflächen, Hecken und deren Vernetzung.
	Prüfung eines Kulturlandschaftsprogramms zum Erhalt besonders sensibler Kulturlandschaften.

<b>Sondervermögen Infrastruktur (S. 52)</b>	Schaffung eines Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität von 500 Mrd. €.
<b>Sanierung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) (S. 53)</b>	Steigerung der Effizienz der Mittelvergabe und stärkere Ausrichtung an den Kriterien der CO2-Vermeidung und sozialen Ausgleichs.
	Auflösung der hohen pauschalen Kürzungsvorgaben und Auslaufen von Kleinstprogrammen mit weniger als 50 Mill. € Fördervolumen.
<b>Verschlinkung Förderwesen (S. 54)</b>	Effizientere und zielgerichtetere Ausstattung. Reduzierung von Formalitäten, Zweckverwendungsnachweisen.
<b>Verwaltungskonsolidierung (S. 57)</b>	Reduzierung des Personalbestands in Ministerial- und Bundestagsverwaltung sowie in bestimmten nachgeordneten Behörden um mindestens acht Prozent bis 2029.
<b>Experimentierklauseln stärken (S. 59)</b>	Vorbereitung eines Bundesexperimentiergesetzes. Einführung von Öffnungs- und Experimentierklauseln in neuen und bestehenden Gesetzen sowie durch Reallabore.
<b>Infrastruktur-Zukunftsgesetz (S. 60)</b>	Regelung und Ausschöpfung der Möglichkeiten von Beschleunigung von Planung und Genehmigung, Beschaffung und Vergabe der Infrastrukturprojekte aus dem Sondervermögen Infrastruktur durch ein Infrastruktur-Zukunftsgesetz.
	Ausstattung der Vorhaben mit überragendem öffentlichem Interesse und damit auch rechtliche Priorisierung.
<b>Ehrenamt (S. 62)</b>	Entwicklung eines Bürokratierückbaugesetzes für Vereine und ehrenamtliches Engagement.
	Schaffung eines „Zukunftspakts Ehrenamt“: Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale.
<b>Vereinfachung des Vergaberechts (S. 64)</b>	Vereinfachung, Beschleunigung und Digitalisierung des Vergaberechts auf nationaler und europäischer Ebene.
<b>Wertgrenzen Direktaufträge (S. 64)</b>	Einsetzen für eine maßvolle Erhöhung der Schwellenwerte und getrennte Betrachtung der Planungsleistungen auf europäischer Ebene.

<b>Öffentliches Beschaffungswesen (S. 65)</b>	Optimierung des öffentlichen Beschaffungswesen durch ein strategisches Beschaffungsmanagement. Ausbau der Bestellplattform des Bundes zu einem digitalen Marktplatz für Bund, Länder und Kommunen. Konsolidierung der Vergabepattformen.
<b>Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (S. 66)</b>	Umsetzung des Paktes für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung in der ersten Hälfte der Legislaturperiode.
	Verankerung des Vorrangs öffentlicher Belange im Planungsrecht.
<b>Vereinfachung von Infrastrukturvorhaben (S.66)</b>	Reduzierung und Vereinfachung materieller Anforderungen an Infrastrukturvorhaben.
	Reformation und Straffung des Verbandsklagerechts.
<b>Berufsqualifikationen (S. 75)</b>	Beschleunigte Anerkennung von Berufsqualifikationen durch Abbau bürokratischer Hürden.
<b>Hochschulsanierung und -modernisierung (S. 76)</b>	Befristetes Investitionsprogramm zur digitalen Ertüchtigung und energetischen Sanierung von Hochschulen.
<b>Strategische Forschungsfelder (S. 78)</b>	Stärkung der Forschung zu Klimawandel, Klimafolgen und -anpassung sowie zu klimarelevanten Ökosystemen.
<b>Urheberrecht (S. 88)</b>	Angemessene Vergütung von Urheber:innen für die Nutzung ihrer, bei der Entwicklung generativen KI notwendigerweise verwendeten Werke.
<b>Kommunale Einnahmen (S. 114)</b>	Grundsätzliche und systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen jenseits von Förderprogrammen.
<b>Innenstädte (S. 115)</b>	Unterstützung der Fortsetzung der Förderung aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) auf europäischer Ebene.
<b>Sportstätten (S. 117)</b>	Modernisierung und Sanierung von Sportstätten durch Bereitstellung von 1 Mrd. €.
<b>Kohäsionspolitik (S. 137)</b>	Weiterentwicklung der Kohäsionspolitik durch zielgerichtetere Förderprogramme, Definition der Kriterien der Mittelvergabe sowie Fokus auf strukturschwache und ländliche Regionen.
<b>Klimaschutz (S. 139)</b>	Weiterentwicklung der EU-Klimaschutzpolitik über 2050 hinaus.